

Stefan Peters, Hans-Jürgen Burchardt (Hg.)

UMWELT UND ENTWICKLUNG IN GLOBALER PERSPEKTIVE

Ressourcen – Konflikte – Degrowth

campus

Umwelt und Entwicklung in globaler Perspektive

Dr. Stefan Peters ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Kassel.
Hans-Jürgen Burchardt ist dort Professor für Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen.

Stefan Peters, Hans-Jürgen Burchardt (Hg.)

Umwelt und Entwicklung in globaler Perspektive

Ressourcen – Konflikte – Degrowth

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung von:

**Hans Böckler
Stiftung** 



ISBN 978-3-593-50512-1 Print

ISBN 978-3-593-43617-3 E-Book (PDF)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2017 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Lektorat und Satz: Jan Ickler

Gesetzt aus: Garamond

Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

Gedruckt auf Papier aus zertifizierten Rohstoffen (FSC/PEFC).

Printed in Germany

www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

Umwelt und Entwicklung in globaler Perspektive	7
<i>Stefan Peters und Hans-Jürgen Burchardt</i>	
Der (Neo-)Extraktivismus in Lateinamerika nach dem Ende des Rohstoffbooms.....	33
<i>Hans-Jürgen Burchardt und Stefan Peters</i>	
Politische Ökologie von Öl und Gas am Golf von Guinea – Einsichten aus Nigeria.....	61
<i>Michael Watts</i>	
Chinas Rohstoffpolitik in Afrika: Neue Strategien auf alten Pfaden.....	89
<i>Nina Ulbrich</i>	
Konflikte um Bergbau in Subsahara-Afrika.....	113
<i>Bettina Engels</i>	
Jenseits von David gegen Goliath: Der Konflikt um die <i>Megaminería</i> in Uruguay	135
<i>Stefan Peters</i>	
Klimaschutz im Norden, Entwicklung im Süden? Europäische Agrotreibstoffpolitik und Palmölexpansion in Südostasien.....	159
<i>Oliver Pye</i>	
Grüne Ökonomie: Strategien, Widersprüche und blinde Stellen »grün-ökonomischer« Krisenbearbeitung	181
<i>Kristina Dietz und Carla Noever Castelos</i>	

Der Übergang von › <i>Sumak Kawsay</i> ‹ zum neoextraktivistischen › <i>Buen Vivir</i> ‹	205
<i>David Cortez</i>	
<i>Degrowth</i> – vom aktivistischen Slogan zur sozialen Bewegung.....	223
<i>Federico Demaria, François Schneider, Filka Sekulova und Joan Martínez-Alier</i>	
Postwachstum durch Zeitwohlstand – wie sich eine Schimäre in Realpolitik verwandeln lässt	247
<i>Hans-Jürgen Burchardt</i>	
Autorinnen und Autoren	279

Umwelt und Entwicklung in globaler Perspektive

Stefan Peters und Hans-Jürgen Burchardt

Entwicklung soll grüner werden. Dies ist eine der zentralen Botschaften der im September 2015 von der UN-Generalversammlung verabschiedeten *Sustainable Development Goals* (SDGs). Als Nachfolger der Millenniumsziele (MDGs) setzt sich die Weltgemeinschaft mit den SDGs zum Ziel, »economic, social and technological progress [...] in harmony with nature« zu bringen (UN 2015: 2). Dies übersetzt sich in 17 Haupt- und 169 Unterziele der *Agenda for Sustainable Development*, die bis 2030 erreicht werden sollen. Handlungs- und Veränderungsbedarf wird dabei nicht mehr ausschließlich im Globalen Süden verortet; auch vom Globalen Norden wird eine Richtungsänderung eingefordert. Die hierfür verabschiedeten Ziele beinhalten nicht nur die Förderung von Wirtschaftswachstum und die Reduzierung von Armut und Ungleichheit, sondern auch den Kampf gegen den Klimawandel, fortschreitende Desertifikationsprozesse, den Verlust von Biodiversität sowie die Erhöhung des Anteiles erneuerbarer Energien am globalen Energiemix und die Ermöglichung des Zugangs zu sauberem Trinkwasser für alle Menschen (UN 2015). Diese kursorische Aufstellung der Zielsetzungen und Stoßrichtung der SDGs macht deutlich: Die internationale Politik der kommenden 15 Jahre steht im Zeichen von Umwelt und Entwicklung.

Für die Bearbeitung dieser Herausforderungen für die Gegenwart und die Zukunft kann durchaus auf Erfahrungen der Vergangenheit zurückgegriffen werden: So ist etwa das Thema »Nachhaltigkeit« bereits seit drei Jahrzehnten fest auf der politischen Agenda verankert. Mit dem Brundtland-Bericht von 1987 wurde der Begriff, verstanden als »dauerhafte Entwicklung [...], die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können« (Hauff 1987: 46), in der internationalen Politik etabliert. Fünf Jahre später wurde Nachhaltigkeit auf der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro (1992) gar zu einem globa-

len Leitbild erhoben. Die Agenda 21 lieferte zudem eine konkrete Programmatik zur politischen Implementierung von Nachhaltigkeitsstrategien. Die Zielsetzung dieser und anderer momentan prominent diskutierter Ansätze (*Green Economy, Green New Deal*) besteht dabei stets in der Versöhnung von Entwicklung – primär verstanden als Wachstum – und Umweltschutz mittels marktförmiger Instrumente und technologischer Innovationsstrategien (Sachs 1999; Dietz/Engels 2016).

Die Ergebnisse dieser Quadratur des Kreises fielen bisher bescheiden aus. Anstatt Umweltprobleme zu lösen, sind die vom Menschen verursachten, massiven Veränderungen der natürlichen Bedingungen zu einem zentralen Charakteristikum unserer Erdepoche geworden und haben unter dem Stichwort »Anthropozän« sowie mit Fokus auf den Klimawandel Eingang in die wissenschaftlichen, umweltpolitischen und auch gesellschaftlichen Debatten gefunden (Crutzen et al. 2011; Lewis/Maslin 2015). Der Klimawandel veranschaulicht die ökologischen Konsequenzen des bis heute vorherrschenden Wirtschafts- und Entwicklungsmodells besonders eindringlich. So fasst der jüngste Sachstandsbericht des *Intergovernmental Panel on Climate Change* (IPCC) die Zukunftsperspektiven der Menschheit wie folgt zusammen: »Fortgesetzte Emissionen von Treibhausgasen werden eine weitere Erwärmung und langanhaltende Veränderungen aller Komponenten des Klimasystems verursachen und damit die Wahrscheinlichkeit von schwerwiegenden und irreversiblen Folgen für Menschen und Ökosysteme erhöhen« (IPCC 2014: 8). Angesichts solcher Befunde sind auch die Erfolgsaussichten der umweltpolitisch beachtlichen Entscheidung der UN Klimakonferenz von Paris Ende 2015, die *benchmark* für die Erderwärmung auf maximal 1,5° Celsius über die vorindustrielle Zeit festzulegen, skeptisch zu bewerten. Diese Zweifel wurden auf dem jüngsten Weltklimagipfel vom November 2016 in Marrakesch tendenziell bestätigt: Die zögerlichen Verhandlungsfortschritte lassen erkennen, dass die absehbare klimapolitische Zurückhaltung der USA unter dem neuen Präsidenten Donald Trump, die Uneinigkeit der internationalen Gemeinschaft bei zentralen Fragen der Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen sowie widersprüchliche Signale seitens der Europäischen Union substantielle Veränderungen in der internationalen Klimapolitik wenig wahrscheinlich machen (Cléménçon 2016; Dröge 2016; Götze/von Brackel 2016).

Gleichzeitig überdeckt der Fokus auf den Klimawandel eine Vielzahl von weiteren Umweltproblemen. Diese umfassen den Verlust von Biodiversität, Artensterben, die Übernutzung von Meeren und Agrarflächen, die

fortschreitende Desertifikation, Luftverschmutzung sowie die Umweltbelastungen durch die Expansion und Intensivierung der Rohstoffausbeutung. Diese und weitere Beispiele illustrieren, dass die ökologischen Belastungsgrenzen der Erde (planetary boundaries) bereits heute massiv überschritten werden (Rockström et al. 2009). Laut dem jüngsten Living Planet Report des World Wide Fund for Nature (WWF 2016: 6) bräuchte die Menschheit für das derzeitige Niveau des Ressourcenverbrauchs Zugriff auf 1,6 Erden. Die Vielzahl von Konferenzen, Abkommen und Deklarationen kann somit insgesamt nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bilanz der internationalen Umweltpolitik auch ein Vierteljahrhundert nach der wegweisenden Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung bescheiden ausfällt.

Ein wesentlicher Grund für das Verfehlen umweltpolitischer Ziele liegt im inhärenten Wachstumszwang des westlich geprägten Entwicklungsmodells sowie dem damit verbundenen ressourcenintensiven Wirtschafts- und Konsummodell begründet. Obwohl das öffentliche Bewusstsein dafür steigt, dass die Fortführung und/oder Übertragung des kapitalistischen Entwicklungsmodells mittel- und langfristig zwangsläufig zum ökologischen Kollaps des Planeten führt (klassisch: Meadows et al. 1972), bleibt die Wachstumsfixierung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ungebrochen. Diese Fokussierung auf den Anstieg der Wirtschaftsleistung hat zur Konsequenz, dass die von der internationalen Politik offerierten Leitbilder und Nachhaltigkeitsstrategien – trotz anderslautender Proklamationen – kaum in einen strukturellen oder institutionellen Wandel der praktischen Politik oder gar in ein Abweichen vom Wachstumsparadigma selbst münden. Vielmehr gelingt es ihnen bestenfalls Wachstum weniger umweltschädlich zu gestalten und so die globalen sozialökologischen Verwerfungen des aktuellen Wirtschafts- und Entwicklungsmodells hinauszuzögern (Altvater 2011; Brand 2012; Klein 2014; siehe auch den Beitrag von Dietz und Noever Castelos in diesem Band).

Im Feld der Rohstoffpolitik zeigen sich die Grenzen von Strategien zur Versöhnung von Wachstum und ›Entwicklung‹ einerseits sowie ökologischer Nachhaltigkeit und Umweltschutz andererseits mit besonderer Deutlichkeit. Während sich die internationale Umweltpolitik mit der Vorbereitung von Klimagipfeln und der Ausarbeitung der *Sustainable Development Goals* beschäftigte, dominierte in der internationalen Rohstoffpolitik eine entgegengesetzte Dynamik: Hohe Wachstumsraten der aufstrebenden Schwellenländer und insbesondere Chinas führten zwischen 2003 und

2013/14 zu kräftigen Steigerungen der Nachfrage nach natürlichen Ressourcen, einem entsprechenden Preisanstieg für agrarische, mineralische und fossile Rohstoffe sowie der deutlichen Ausweitung der Extraktions-tätigkeit. Angesichts der Endlichkeit nicht-erneuerbarer Ressourcen wurde die Welt Zeuge eines technologischen Wettlaufs zur Entwicklung neuer Fördermöglichkeiten (zum Beispiel *fracking* oder die Ausweitung von Tiefseeerdölförderung), der Intensivierung und territorialen Expansion der Rohstoffförderung sowie einer zunehmenden Rohstoffkonkurrenz im »race for what's left« (Klare 2013). Dies hatte zur Konsequenz, dass das Thema »Umwelt und Entwicklung« jenseits von Debatten über »nachhaltige Entwicklung« oder »grünes Wachstum« um eine weitere Facette ergänzt wurde: die Renaissance rohstoffbasierter Entwicklungsmodelle.

Trotz zunehmender Beachtung umweltpolitischer Themen durch die Wissenschaft wurden diese beiden kontrastierenden Tendenzen der internationalen Umweltpolitik – forcierte Rohstoffextraktion einerseits und die Suche nach umweltfreundlichen politischen Strategien andererseits – von der Forschung bisher noch zu wenig analytisch in Bezug gesetzt. Der vorliegende Sammelband setzt hier an, untersucht das Spannungsfeld von Umwelt und Entwicklung und möchte damit aus einer globalen Perspektive einen Beitrag für eine Neuausrichtung der Forschung zu internationalen Umweltpolitiken leisten.

Rohstoffbasierte Entwicklungsmodelle

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist das Entwicklungsmodell Rohstoffexport erneut *en vogue*. Im Fahrwasser des Booms der Primärgüterpreise wurde die Extraktion und des Exports natürlicher Ressourcen massiv ausgeweitet und intensiviert. Dies ermöglichte hohe Wachstumsraten sowie insbesondere in Lateinamerika mit dem Entwicklungsmodell des Neo-Extraktivismus (Gudynas 2009; Burchardt/Dietz 2014; Svampa 2015; siehe auch den Beitrag von Burchardt und Peters in diesem Band) teilweise beachtliche soziale Entwicklungserfolge.

Diese Dynamiken implizierten eine entwicklungstheoretische und -politische Reise zurück in die Zukunft. Schließlich galt vielen Pionieren der Entwicklungsforschung der Rohstoffexport – gerade mit Blick auf die Erfahrungen Europas und Nordamerikas (Barbier 2011) – noch als Wachs-

tumsmotor, Triebkraft für Industrialisierungs- und Modernisierungsschübe und somit als willkommene Abkürzung auf dem Weg zur »Entwicklung«. Hierfür sollten die Einnahmen aus der Förderung und dem Export von Primärgütern die chronisch kapitalarmen Staaten des Globalen Südens mit den notwendigen finanziellen Ressourcen für die Umsetzung ehrgeiziger Entwicklungsprojekte ausstatten (Ginsburg 1957; Rostow 1960). Diese optimistische Einschätzung des entwicklungsfördernden Potenzials natürlicher Ressourcen wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst vom lateinamerikanischen Strukturalismus und der Dependenztheorie in Frage gestellt. Angesichts fallender *terms-of-trade* von Primärgütern und der hohen Anfälligkeit gegenüber externen Krisenfaktoren wurde eindringlich auf die Fallstricke des Entwicklungsmodells Rohstoffexport hingewiesen (klassisch: Prebisch 1950; Galeano 1971).¹ Doch erst mit dem Einbruch der Weltmarktpreise für natürliche Ressourcen am Beginn der 1980er Jahre hielt die These, dass Rohstoffreichtum Entwicklungsprozesse nicht etwa beschleunigt, sondern vielmehr be- oder gar verhindert, unter dem Stichwort des Rohstofffluches (*Resource Curse*) Einzug in den wissenschaftlichen und entwicklungspolitischen *Mainstream* (Gelb et al. 1988; Auty 1993).

Mit dem Rohstoffboom zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde der Entwicklungspessimismus der *Resource Curse* jedoch zunehmend von Stimmen – auch wichtiger internationaler Entwicklungsagenten – überlagert, die wieder die Potenziale des Rohstoffexports unterstreichen (Sinnott et al. 2010; AfDB et al. 2013; Bárcena/Prado 2016). Gleichzeitig schienen sich positive Einschätzungen der Entwicklungspotenziale des Rohstoffexportmodells auch empirisch zu bestätigen. Die Einnahmesteigerungen aus dem Rohstoffexport erweiterten den Verteilungsspielraum der Staaten und schienen sie mit »magische Fähigkeiten« (Coronil 1997) auszustatten. Große Infrastruktur- und prestigeträchtige Entwicklungsprojekte wurden in Angriff genommen, die Staatsapparate expandierten, Sozialleistungen wurden ausgeweitet, teilweise wurden sogar Diversifizierungsstrategien umgesetzt (SENPLADES 2013; Ovadia 2016) und fast überall füllten sich gleichzeitig

1 In einem vielzitierten Aufsatz kritisiert Hans Singer (1950: 482) das Argument, wonach Rohstoffeinnahmen Entwicklungsschübe finanzieren könnten: »Good prices for their primary commodities, specially if coupled with a rise in quantities sold, as they are in a boom, give to the underdeveloped countries the necessary means for importing capital goods and financing their industrial development; yet at the same they take away the incentives to do so, and investment, both foreign and domestic, is directed into an expansion of primary commodity production, thus leaving no room for the domestic investment which is the required complement of any import of capital goods.«

die Bankkonten von führenden Politikern sowie ihnen nahestehenden Unternehmern und Beratern (Báez 2015; Soares de Oliveira 2015; Sutherland 2015). Doch mit dem Preisverfall für Primärgüter ab 2013/14 versagten die staatlichen Zauberkräfte ein weiteres Mal. Das Ende des Rohstoffbooms stürzte viele Rohstoffstaaten in eine tiefe Wirtschaftskrise, vorherige (soziale) Entwicklungserfolge drohen wie ein Kartenhaus zusammenzufallen und teilweise lassen sich bereits zunehmende politische Instabilitäten beobachten. Die Ergebnisse des letzten »commodity super-cycle« (Erten/Ocampo 2013) verdeutlichen: Der Versuch die soziale Frage über die Expansion der Rohstoffausbeutung und damit auf Kosten der Umwelt zu lösen hat sich wirtschaftlich, sozial und ökologisch erneut als wenig nachhaltig erwiesen.

Obwohl die extreme Krisenanfälligkeit rohstoffbasierter Entwicklungsmodelle hinlänglich bekannt ist, scheint für viele Länder des Globalen Südens eine Abkehr vom Rohstoffextraktivismus wenig wahrscheinlich. Einerseits sind die Wirtschaftsstrukturen meist einseitig auf Naturressourcen ausgerichtet. Die mangelnde ökonomische Diversifizierung versperrt kurz- und mittelfristig das Umschwenken auf alternative Entwicklungswege. Andererseits lässt sich trotz der Endlichkeit der Ressourcen und international zunehmender Diskussionen um eine ökologische Wende noch keine wirkliche Abkehr vom ressourcenintensiven Wirtschafts- und Wachstumsmodell erkennen. In der Konsequenz ist der jüngste Einbruch der Rohstoffpreise eine temporäre Erscheinung und eine neuerliche Boomphase bereits absehbar. Das Entwicklungsmodell »Rohstoffexport« wird in Zukunft eher weiter an Bedeutung gewinnen und nicht nur als Wirtschafts-, sondern auch als Gesellschaftsmodell wichtige Teile des Globalen Südens prägen.

Dies wurde von Teilen der Forschung durchaus erkannt: Die jüngste Bedeutungssteigerung der Rohstofforientierung ging mit einem Anstieg der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema einher und hatte rege geführte Kontroversen über die Möglichkeiten und Grenzen extraktivistischer Entwicklungsmodelle zur Folge. Einen Großteil der Forschung konzentriert sich dabei auf die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Rohstoffabhängigkeit wirtschaftliche, soziale und/oder politische Entwicklungserfolge begünstigt bzw. versperrt (Überblick: Frankel 2012; Heinrich/Pleines 2012). Meist wird das Thema in einer dichotomen Gegenüberstellung zwischen der (tendenziell) fatalistischen und deterministischen *Resource Curse* These und der optimistischen Diagnose eines *Resource Blessing*

verhandelt. Dieses dichotome *framing* der Fragestellung brachte indes selbst bei Engführung des Entwicklungsbegriffs auf wirtschaftliches Wachstum keinen klaren Befund hervor: Eine aktuelle Metastudie kommt zu dem Ergebnis, dass von 605 untersuchten Regressionsanalysen 40 Prozent einen positiven, 20 Prozent einen negativen und weitere 40 Prozent keinen Zusammenhang zwischen natürlichen Ressourcen und Wirtschaftswachstum konstatieren (Havranek/Horváth/ Zeynalov 2016).

Diese Unsicherheiten der Wissenschaft gehen nicht zuletzt auf methodisch-konzeptionelle Engführungen zurück. So verstellt die Fokussierung auf quantitative Methoden und *large-N* Vergleichsdesigns den Blick für die internen Dynamiken einzelner Extraktionsgesellschaften und kann Kontextspezifika nicht ausreichend in die Analyse einbeziehen. Zudem basiert die Indikatorenbildung meist auf einem eurozentrischen *bias*. Unabhängig davon ob Rohstoffe als entwicklungspolitischer Fluch oder Segen aufgefasst werden, ist der Vergleichsmaßstab stets das westlich-liberale Wirtschafts-, Sozial- und Politikmodell. Folglich stellen Wirtschaftswachstum, Armutsbekämpfung und die liberal-repräsentative Demokratie zentrale Kriterien der Evaluierung dar. In die Praxis überträgt sich dies in Form von Politikempfehlungen seitens internationaler Organisationen und wissenschaftlicher Thinktanks, die in der Regel auf Ansätzen basieren, die über Institutionenaufbau, Transparenzinitiativen oder ein effizienteres *Resource Management* die politische Steuerung und die wirtschaftlichen Entwicklungspotenziale von Rohstoffstaaten optimieren wollen (Hendrix/Noland 2014; van der Ploeg 2014).² Die verschiedenen Strategien zielen – oft mit mäßigem Erfolg – darauf ab, der ökonomischen Krisenanfälligkeit von Rohstoffstaaten entgegenzuwirken sowie Korruption, Klientelismus und Nepotismus einzudämmen. Hingegen schenken diese entwicklungspolitischen Empfehlungen zur Verbesserung des *Resource Management* den mit dem Entwicklungsmodell Rohstoffexport unweigerlich verbundenen Umweltbelastungen, den Konsequenzen der Expansion der Ausbeutung von Primärgütern für die lokale Gesellschaft oder den spezifischen politischen und sozialen Konfigurationen von Extraktionsgesellschaften in der

² Hierzu gehören etwa die *Extractive Industries Transparency Initiative* zur Förderung der Transparenz staatlicher Rohstoffentnahmen oder das Projekt *Publish what you pay*, das sich die transnationalen Rohstoffunternehmen auffordert ihre Zahlungen an die Rohstoffstaaten zu veröffentlichen, um ebenfalls zur Steigerung der Transparenz beizutragen. Ebenfalls prominent diskutiert wird der Vorschlag einen Großteil der staatlichen Rohstoffentnahmen direkt und gleichmäßig mittels Geldüberweisungen an die Bevölkerung zu verteilen (*oil-to-cash*) (Moss/Lambert/Majerowicz 2015).

Regel wenig bis gar keine Beachtung. Eine solche Priorisierung aufwendig präsentierter Politikempfehlungen auf der Basis eurozentrischer Annahmen muss fast zwangsläufig zu wiederkehrenden entwicklungspolitischen Fehlschlägen führen. Tatsächlich verpufften verschiedene entwicklungspolitische Initiativen zur Förderung von Transparenz oder *Good Governance* im Rohstoffsektor oder zum Aufbau von Stabilisierungsfonds häufig oder wurden teilweise von der Politik sogar aktiv unterlaufen (Pegg 2009; Sovacool et al. 2016).

Angesichts wenig eindeutiger Befunde über die entwicklungspolitische Performance von Rohstoffstaaten sowie ernüchternder Ergebnisse von Initiativen zur Verbesserung des *resource governance* ist ein Perspektivwechsel der Forschung zu Rohstoffen und Entwicklung dringend erforderlich. Statt weiterhin den Fokus auf Rentenökonomien und Rentier-Staaten zu legen und ihre »Defizite« im Vergleich zu westlichen Modellen erst möglichst genau zu beziffern und anschließend mit entwicklungspolitischen Instrumenten zu behandeln, gilt es zunächst ein besseres Verständnis für die wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und soziokulturellen Besonderheiten von Rentengesellschaften zu gewinnen. Hierfür braucht es eine stärkere soziologische Fundierung der Rententheorie, die es erlaubt, die gesellschaftlichen Spezifika von Rohstoffstaaten kontextsensibel zu analysieren. Zentrale Forschungsfelder sind dabei einerseits die Analyse der Prägekraft der Renteneinnahmen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Mechanismen zur (Re-)Produktion sozialer Ungleichheiten und gesellschaftlicher Machtverhältnisse mittels der Distribution von Rohstoffrenten. Andererseits braucht es vertiefte Kenntnisse über die aus der gesellschaftlichen Durchdringung der Renteneinnahmen erwachsenden Besonderheiten des Habitus, quasi-naturalisierten Formen der Einforderung eines Teils der Rohstoffrente durch die Bevölkerung sowie den Spezifika der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in »Rentengesellschaften« (zum Begriff: Peters 2015). Der vorliegende Band legt darum einen besonderen Fokus auf qualitative Fallstudien zur Analyse von mit der Rohstoffausbeutung verbundenen sozialökologischen Konflikten.

Sozialökologische Konflikte

Das Thema Rohstoffe und Entwicklung ist nicht nur von erheblicher entwicklungspolitischer Bedeutung, es beinhaltet auch beachtliche Konfliktpotenziale. Die jüngste Forcierung rohstoffbasierter Entwicklungsmodelle hat hohe Investitionen angezogen und zu einer Expansion der »commodity frontier« (Moore 2000) in ländliche und oftmals sozial marginalisierte Gebiete beigetragen.³ In den Extraktionszonen geht die Rohstoffausbeutung mit Veränderungen der Landnutzung, massiven Umweltbelastungen insbesondere in Form der Verschmutzung von Böden und Trinkwasser, *water grabbing* (Mehta/Veldwisch/Franco 2012) sowie tief greifenden sozialen Transformationen einher. Gemeinsam ist diesen verschiedenen Konsequenzen der Vertiefung extraktivistischer Entwicklungsmodelle, dass sie jeweils die traditionelle Lebensweise und Existenzgrundlage der lokalen Bevölkerung untergraben. Hieraus ergeben sich vielfältige »Konflikte um Natur« (Dietz/Engels 2014), die in vielen Ländern des Globalen Südens sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht bereits das gesellschaftliche Konfliktgeschehen prägen. Häufig werden solche Proteste gegen Extraktionsprojekte von den Regierungen kriminalisiert und repressiv beantwortet. Diese Dynamiken haben mittlerweile auch vermehrte Aufmerksamkeit seitens der internationalen Zivilgesellschaft und der Wissenschaft erhalten (Omeje 2008; Gerber 2011; Dietz/Engels 2016; Haslam/Ary Tanimoune 2016).

Eine genauere Betrachtung der vielfältigen Extraktionskonflikte zeigt *erstens*, dass die Umweltbelastungen auch im Bereich der Rohstoffförderung keineswegs sozial neutral wirken, sondern zur Verschärfung bestehender und Entstehung neuer sozialökologischer Disparitäten beitragen. Diese zentrale Einsicht der politischen Ökologie (Bryant/Bailey 1997)

³ Im landwirtschaftlichen Bereich manifestiert sich dies in der Expansion der Anbauflächen für *cash-crops* und Agrarkraftstoffe sowie im massiven Ankauf (*land grabbing*) großer Landflächen durch transnationale Unternehmen und staats eigene Landagenturen (Borras et al. 2012; Dietz et al. 2015; Gebresenet 2016). Im Bergbau und in der Erdölförderung lassen sich die Exploration von Lagerstätten in neuen Förderregionen sowie die Intensivierung des Abbaus von vormalig dem handwerklichen Bergbau oder dem *small-scale mining* vorbehaltenen Abbauregionen beobachten. Allen Prozessen ist gemeinsam, dass sie weitreichende Veränderungen der Landnutzung, massive Umweltbelastungen, deutlichen Transformationen der traditionellen Lebensweise und der Sozialstrukturen sowie teilweise die Vertreibung der lokalen Bevölkerung in den Gebieten der Rohstoffförderung zur Folge haben.

verdeutlicht, dass das *framing* der Auswirkungen von Rohstofforientierung auf Entwicklung als Fluch bzw. Segen in vielerlei Hinsicht fehlleitend ist. Vielmehr gilt es die jeweiligen Konsequenzen der Rohstoffausbeutung für verschiedene soziale Gruppen und auf unterschiedlichen Maßstabsebenen (*scales*) – international, national und lokal – in den Blick zu nehmen.

Auf internationaler Ebene zeigt sich die Zentralität der Rohstoffförderung im Globalen Süden für die Gesellschaften des Globalen Nordens: Beruht doch dessen ressourcenintensives Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ebenso wie der Lebensstil weiter Teile der Mittel- und Oberschichten des Globalen Südens auf der kontinuierlichen Rohstoffzufuhr vornehmlich aus dem Süden. Dies gilt auch für aktuelle umweltpolitische Initiativen aus dem Umfeld der *Green Economy*. Schließlich basieren Politiken zur Förderung von Agrartreibstoffen oder Elektromobilität auf dem Raubbau an natürlichen Ressourcen im Globalen Süden etwa auf Palmölplantagen oder im Lithiumbergbau (Dietz et al. 2015; Vogel 2016; siehe auch den Beitrag von Pye in diesem Band). Die »grüne Ökonomie« lagert auf diese Weise die sozialökologischen Konsequenzen und Konflikte der »ökologischen Wende« bequem an die Orte der Lagerstätten und Rohstoffextraktion aus.⁴

Auf der nationalen Ebene ermöglichen die Einnahmesteigerungen aus dem Rohstoffexport dem Staat die Finanzierung von Sozialprogrammen, von denen nicht zuletzt die urbane Armutsbevölkerung profitiert, während die Umweltbelastungen der Expansion und Intensivierung des Extraktionsmodells in erster Linie von der meist ländlichen und oft indigenen Bevölkerung in den »sacrifice zones« (Shade 2015) der Rohstoffausbeutung getragen werden. Auf diese Weise werden bestehende ethnische und sozialgeographische Ungleichheiten oft noch weiter vertieft. Die Aussicht auf ein Stück vom Kuchen der Rohstoffeinnahmen hat dabei nicht selten zur Folge, dass soziale Bewegungen und Gewerkschaften, die vor allem im städtischen Raum aktiv sind, den sozialökologisch motivierten Kämpfen der Bevölkerung in den Extraktionsgebieten distanziert gegenüberstehen.

Auch auf der lokalen Ebene der Extraktionsgebiete steht die Bevölkerung der Rohstoffausbeutung – trotz oft massiver Umweltbelastungen – keineswegs durchgehend ablehnend gegenüber. Schließlich wecken neue

4 Vergleichsweise neu ist jedoch, dass sich im Rohstoffsektor zunehmend auch staatliche und privatwirtschaftliche Konzerne aus dem Globalen Süden etablieren und teilweise zu Weltmarktführern aufgestiegen (Shapiro/Russell/Pitt 2007; siehe auch die Beiträge von Ulbrich, Pye sowie Dietz und Noever Castelos in diesem Band).

Extraktionsprojekte insbesondere in strukturschwachen Gemeinden oft die Hoffnung auf einen lokalen Wirtschaftsboom, die Schaffung von Arbeitsplätzen und/oder Teilhabe an den Rohstoffeinnahmen. Hieraus erwachsen Potenziale für Spaltungen lokaler Gemeinschaften zwischen Befürwortern und Gegnern der Rohstoffausbeutung sowie über die Aufteilung und Nutzung der Einnahmen aus den Extraktionsprojekten (Anthias 2016; siehe auch den Beitrag von Peters in diesem Band).

Zweitens ist der Widerstand der lokalen Bevölkerung gegen die Extraktionstätigkeiten nicht immer primär von Bedenken bezüglich der ökologischen Belastungen durch die Rohstoffausbeutung oder der Sehnsucht nach der Bewahrung eines traditionellen, naturverbundenen Lebensstils motiviert. In vielen Fällen liegen die Gründe für die Extraktionskonflikte vielmehr in der Einforderung eines größeren Anteils an den Einnahmen aus der Rohstoffförderung. Sowohl Militanz als auch die Abhaltung von Konsultationen der lokalen Bevölkerung haben sich dabei oft als erfolgreiche Strategien zur Verbesserung der Verhandlungsposition und zur Erhöhung des lokalen Anteils an den Rohstoffeinnahmen erwiesen (Torres 2016; siehe auch den Beitrag von Watts in diesem Band). Weitere wichtige Faktoren für Konflikte um Extraktionsprojekten auf lokaler Ebene liegen in der Anprangerung der Arbeitsbedingungen in der Rohstoffförderung (Benya/Webster 2013; siehe auch den Beitrag von Pye in diesem Band), der Präferenz für den (meist ebenfalls mit starken Umweltbelastungen einhergehenden) handwerklichen Bergbau (Chambí Mayta 2016; siehe auch die Beiträge von Engels und Ulbrich in diesem Band) oder der Verteidigung historisch persistenter Privilegien der lokalen Mittel- und Oberschicht gegenüber den zu erwartenden massiven sozialstrukturellen Transformationen durch den Bergbau (siehe auch den Beitrag von Peters in diesem Band). Um Missverständnissen vorzubeugen: Diese unterschiedlichen Aspekte sollen keineswegs die Bedeutung ökologischer Bedenken der lokalen Bevölkerung negieren. Es geht vielmehr darum, vermehrt die Vielschichtigkeit der Konfliktkonstellationen und Motivationslagen für die Ablehnung von konkreten Extraktionsprojekten herauszuarbeiten und damit verkürzten oder simplifizierenden Analysen entgegenzuwirken.

Bei der Fallauswahl weist die Forschung zu sozialökologischen Konflikten *drittens* oft eine Tendenz zu einem *selection bias* auf. Nicht selten scheint die Auswahl der Fallbeispiele durch politische Sympathie mit den Widerstandsbewegungen begründet zu sein und bisweilen finden sich Anzeichen einer Romantisierung der Naturverbundenheit traditioneller und

häufig indigener Gemeinschaften. Eine solche Schwerpunktsetzung der Forschung zu sozialökologischen Konflikten im Rohstoffbereich ist insofern bereichernd, als dass sie die Wissenschaft aus dem Elfenbeinturm holt und politische Mobilisierungen aktiv begleitet. Gleichzeitig läuft sie jedoch Gefahr, den Blick für Fälle zu verstellen, in denen die Rohstoffausbeutung – trotz immenser sozialökologischer Belastungen – auf weitgehende Zustimmung innerhalb der lokalen oder nationalen Bevölkerung stößt. Dies lässt sich insbesondere dort beobachten, wo eine lange Tradition von Bergbau oder Erdölförderung besteht. Dies hat zur Konsequenz, dass innerhalb der lokalen und/oder nationalen Bevölkerung die Rohstoffextraktion nicht hinterfragt, sondern praktisch als »natürliche« Aktivität wahrgenommen wird. Im Bereich der Erdölförderung lassen sich solche Phänomene an so verschiedenen Orten wie in Kasachstan, Venezuela, den arabischen Golfmonarchien oder dem argentinischen Patagonien beobachten. Die breite Zustimmung der Bevölkerung zur Extraktionstätigkeit liegt dann nicht alleine darin begründet, dass die Rohstoffausbeutung ein zentraler Pfeiler der Wirtschaft ist, sie hat sich zudem zu einem festen Bestandteil der lokalen bzw. nationalen Identität entwickelt (Tinker Salas 2009; Ostrowski 2010; Baeza/Chanampa 2016; Barrionuevo/Peters 2016; Hertog 2016). Hieraus speist sich oft ein tief verankerter »commodity consensus«, bei dem anders als bei Svampa (2015) nicht primär ein Regulationsmodell gemeint ist, sondern der die tiefgreifende gesellschaftliche Durchdringung der Rohstoffförderung auf den Punkt bringt.

Alternativen zum Extraktivismus: *buen vivir* und *degrowth*

Die mangelnde Nachhaltigkeit rohstoffbasierter Entwicklungsmodelle und die insgesamt zunehmenden sozialökologischen Konflikte um Extraktionsprojekte haben in den vergangenen Jahren vermehrte Reflektionen über Alternativen angestoßen. Auf der Ebene der internationalen Politik verlassen die Reformvorschläge dabei in der Regel jedoch nicht die *doxa* von Wachstum und Entwicklung. Mit Blick auf die ökologischen Grenzen des westlichen Wirtschafts-, Wachstums- und Gesellschaftsmodells wird gleichwohl zunehmend deutlich, dass eine kritische Diskussion der sozialökologischen Konsequenzen von »Entwicklung« erforderlich ist. In diese Richtung bewegen sich jüngere Vorschläge für eine Neubestimmung des

Verhältnisses von Umwelt und Entwicklung. Besondere Aufmerksamkeit haben dabei jüngere Debatten über *degrowth* oder Postwachstumsgesellschaften sowie über das aus Lateinamerika stammende indigene Konzept des »guten Lebens« (*buen vivir*) erfahren. Beide Ansätze zeichnen sich durch eine konzeptionelle Offenheit aus, die vielfältige Ansatzpunkte anbietet, aber leider auch Gefahr läuft, in Vagheit umzuschlagen. Hinter den genannten Begriffen und Konzepten verbirgt sich eine Vielzahl von widersprüchlichen Ansätzen: So üben sich sowohl Konservative als auch Vertreter der (radikalen) Linken in Wachstumskritik und das »gute Leben« propagieren die Regierungen Ecuadors und Boliviens mit ihren neo-extraktivistischen Entwicklungsstrategien ebenso wie ihre Kritiker aus sozialen und indigenen Bewegungen (Überblick: Hidalgo-Capitán/Cubillo-Guevara 2014; siehe auch den Beitrag von Cortez in diesem Band).

Degrowth-Konzepte zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie sich kritisch gegenüber der dominante Produktions- und Lebensweise des Globalen Nordens positionieren. Dabei werden die auf einem übermäßigen Ressourcenverbrauch, hohen Schadstoffemissionen und einer massiven Abfallerzeugung basierenden Modelle angeprangert und vorgeschlagen, Wohlstand und gesellschaftliche Entwicklung vom Wachstumszwang und damit vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln (Überblick: Muraca 2012; siehe auch den Beitrag von Demaria, Sekulova, Schneider und Martínez-Alier in diesem Band). Diese Überlegungen erhalten mittlerweile eine steigende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und haben bereits einen produktiven Austausch zwischen Wissenschaft, sozialen Bewegungen und der Politik eingeleitet.⁵ Bezugspunkte sind dabei meist die Gesellschaften des Globalen Nordens; Bezüge zum Globalen Süden werden primär als Nullsummenspiel gedacht, in dem eine Seite schrumpfen muss, damit die andere wachsen kann. In seiner entwicklungs- und wachstumskritischen Stoßrichtung fokussiert *degrowth* zudem stark auf lokale Gesellschaften, kleinteilige regionale Vernetzungen und dezentrale Produktionsbasen sowie oft auch auf Formen direkter Mitbestimmung in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Sphäre (Latouche 2004). Trotz vielfältiger Vorschläge

5 Für die wissenschaftlichen Beschäftigung siehe vor allem die Arbeiten des DFG-Kollegs zu Postwachstumsgesellschaften an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena: <http://www.kolleg-postwachstum.de/>. In der Politik hat sich im Jahr 2011 der Deutsche Bundestag in der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« mit dem Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft auseinandergesetzt und die Möglichkeiten und Grenzen einer Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt diskutiert (Deutscher Bundestag 2013).

für Alternativen zum Wachstumsimperativ ist es dieser Bewegung bisher jedoch nicht gelungen, Ansätze zu entwickeln, die nicht primär an Moral und Verzicht derjenigen appellieren, die es sich leisten können, sondern breiten Teilen der Bevölkerung eine attraktive Alternative zum Status quo offerieren. Bedenkt man, dass in vielen Gesellschaften des Globalen Nordens die Prognose »Degrowth by design or desaster« (Victor 2008) von immer breiteren Bevölkerungsgruppen geteilt wird, scheint durchaus Spielraum für eine Neudefinition gesellschaftlicher Entwicklungsleitbilder vorhanden zu sein. Die Herausforderung besteht heute also primär darin, politikfähigen Alternativvorschläge zu entwickeln und ihnen die notwendige Sichtbarkeit zu verschaffen (siehe auch den Beitrag von Burchardt in diesem Band).

Im Globalen Süden entstand mit dem indigenen Konzept des »guten Lebens« (*buen vivir*, *sumak kawsay* oder *suma qamaña*) ein weiterer innovativer Zugang zur sozialökologischen Dimension von Entwicklung. *Buen vivir* beschreibt eine politisch-philosophische Alternative zu westlichen Entwicklungs- und Modernitätsvorstellungen, die auf der harmonischen Koexistenz von Mensch und Natur basiert. Prinzipiell geht es um ein sinnstiftendes, gemeinschaftsbildendes und kulturell verankertes Verständnis von Mensch-Umwelt-Beziehungen, eine Vorstellung sozialer Beziehungen basierend auf Reziprozität und Solidarität sowie eine Kritik am kolonialen Charakter westlicher Lebensformen und Wachstumsvorstellungen, die Traditionen und lokalem Wissen hohe Bedeutung einräumt (Cortez/Wagner 2013; Hidalgo-Capitán/Cubillo-Guevara 2014). Statt alternative Entwicklungswege zu beschreiten, sollen »Alternativen zur Entwicklung« (Acosta 2015: 70) gefunden werden, in denen mit den Ideen eines immerwährenden Fortschritts sowie der gesellschaftlichen Prosperität durch Wirtschaftswachstum und Naturbeherrschung radikal gebrochen wird.

Gleichzeitig ist das »gute Leben« im Regierungsdiskurs der Andenstaaten Bolivien und Ecuador omnipräsent und wurde hier – ebenso wie die »Rechte der Natur« – sogar in der Verfassung verankert sowie zum Leitbild für verschiedene nationale Entwicklungspläne erhoben (SENPLADES 2013). Diese politische Erfolgsstory des *buen vivir* wird allerdings dadurch getrübt, dass die politische Praxis den kritischen Impetus als »Alternative zur Entwicklung« entleerte. Die Entwicklungsmodelle Boliviens und Ecuadors basieren auf der Intensivierung der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und laufen der Umsetzung der Prinzipien des »guten Lebens« in vielerlei Hinsicht entgegen. Das »gute Leben« wurde in der Regierungspraxis auf

die Reduzierung von Armut und Ungleichheit sowie die Ausweitung des Zugangs zu Bildung und Gesundheit durch einen wachstumsgenerierenden extraktivistischen Entwicklungsstaat zurechtgestutzt (Unceta Satrustegui 2013; Ranta 2016; Peters 2017).⁶

Auch für die internationale Umwelt- und Rohstoffpolitik kamen in den vergangenen Jahren wichtige Impulse aus Lateinamerika. Im Jahr 2007 schlug der ecuadorianische Präsident Rafael Correa der erstaunten Weltgemeinschaft auf der UN-Generalversammlung in New York die Yasuní-ITT-Initiative vor. Deren Kern bestand darin, auf die Förderung von Erdöl im ökologisch hochsensiblen und durch eine extreme Biodiversität gekennzeichneten Yasuní-Nationalpark zu verzichten, wenn die internationale Gemeinschaft die Hälfte der zu erwartenden Einnahmen als Kompensationszahlungen für Projekte zur Förderung einer sozialen und nachhaltigen Entwicklung bereitstellen würde (Acosta 2013). Auf diese Weise sollten ein Beitrag zum Schutz des Regenwaldes sowie zur Bekämpfung des Klimawandels geleistet werden und die legitimen Entwicklungsinteressen eines vergleichsweise armen Landes gewahrt bleiben. Ein Ansatz, der durchaus auch auf andere Fälle wie den durch die Berggorillas bekannten Virunga-Nationalpark in der Demokratischen Republik Kongo (Diener 2014; Carmi 2016) übertragen werden und somit einen tief greifenden Wandel in der internationalen Rohstoff- und Umweltpolitik initiieren könnte. Doch die Initiative scheiterte: Die internationale Gemeinschaft sagte nur einen Bruchteil der geforderten Summe zu und im Jahr 2016 wurde die Erdölförderung im Yasuní-Nationalpark aufgenommen.⁷ Als Correa die Förderung des Erdöls ankündigte und diese gegen heftige Proteste von sozialen Bewegungen durchsetzte, war dies nicht nur ein weiterer Beleg für den extraktivistischen Charakter der Regierungspolitik; die Aufnahme der Erdölförderung entlarvte auch das mangelnde Interesse der internationalen Gemeinschaft am Schutz der Umwelt und die Scheinheilig-

⁶ Trotz dieser Leerstellen sollte das Potenzial der breiten gesellschaftlichen Diskussionen um Alternativen zum dominanten Entwicklungsmodell nicht unterschätzt werden und insbesondere mit der innovativen Erhebung der Natur zum Rechtssubjekt wurden wegweisende Veränderungen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse rechtlich kodifiziert. Die mangelnde Umsetzung wird zwar zu Recht kritisiert, dennoch nehmen Bolivien und Ecuador hier in juristischer Hinsicht eine internationale Vorreiterrolle ein.

⁷ Unter der Ministerin Wieczorek-Zeul stand die Bundesregierung der Initiative sehr aufgeschlossen gegenüber, doch unter ihrem Nachfolger Dirk Niebel kam es zu einer Kehrtwende. Die Regierung sprach sich gegen die Unterstützung des Vorschlags aus und entzog dem Projekt damit einen wichtigen Fürsprecher.

keit der von westlichen Politikern vergossenen Krokodilstränen über die Regenwaldzerstörung im Globalen Süden.

Umwelt und Entwicklung in globaler Perspektive

Das Beispiel der Yasuní-ITT-Initiative illustriert besonders anschaulich, dass das Thema Umwelt und Entwicklung in Zukunft noch weitaus stärker als bisher in einer globalen Perspektive gedacht und analysiert werden muss. Ökologische Krisen und Herausforderungen werden die internationale Politik in den kommenden Jahrzehnten prägen und der Umweltpolitik wachsende Bedeutung geben. Hier zeichnen sich zwei konträre Tendenzen ab: Einerseits lässt sich die Forcierung des ökologischen Raubbaus durch den Rohstoffhunger des Globalen Nordens sowie der aufstrebenden Schwellenländer und die Ausweitung rohstoffbasierter Entwicklungsmodelle vor allem im Globalen Süden beobachten. Andererseits können sowohl aus der internationalen Umweltpolitik als auch von sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen – bei äußerst verschiedenen politischen Zielhorizonten – zunehmend kritische Stimmen gegenüber der Fortführung des vorherrschenden Wachstums- und Wirtschaftsmodell vernommen werden. Die in diesem Buch versammelten Beiträge nehmen diese gegenläufigen Tendenzen auf und diskutieren sie in zwei gesonderten Abschnitten aus einer globalen Perspektive. Dabei werden vergleichende Analysen zu verschiedenen Regionen des Globalen Südens vorgestellt, die mit neuen Ansätzen, empirischen Analysen und programmatischen Vorschlägen die Debatte um Umwelt und Entwicklung inspirieren wollen.

Die Artikel des *ersten Abschnitts* zu Rohstoffen und Entwicklung analysieren aus verschiedenen theoretischen Blickwinkeln, mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und an einer Vielzahl von Beispielen rohstoffbasierter Entwicklungsstrategien, sozialökologische Konflikte sowie mögliche Alternativen zu extraktivistischen Entwicklungsmodellen. Den Reigen eröffnen *Hans-Jürgen Burchardt* und *Stefan Peters* mit einer bilanzierenden empirischen Analyse der entwicklungspolitischen Konsequenzen des jüngsten Rohstoffbooms am Beispiel des lateinamerikanischen (Neo-) Extraktivismus. Auf der Basis rententheoretischer Überlegungen skizzieren sie die wesentlichen Charakteristika des (neo-)extraktivistischen Entwick-

lungsmodells und benennen zentrale Leerstellen der Reformagenda, die einem strukturellen Wandel der Ökonomien und Gesellschaften Lateinamerikas – und damit der Überwindung der Fokussierung auf die Rohstoffausbeutung – entgegenstehen. Danach nehmen die Autoren am Beispiel des (Neo-) Extraktivismus eine kritische Diskussion aktueller rententheoretischer Ansätze vor und plädieren für eine stärkere Berücksichtigung Lateinamerikas in der Forschung zu Rente und Entwicklung.

Anschließend widmet sich *Michael Watts* aus einer Perspektive der politischen Ökologie der Analyse des Erdölstaates Nigeria. Sein sozialanthropologischer Beitrag legt den Fokus auf das ölfreiche Nigerdelta im Süden des Landes und illustriert mittels einer detaillierten Beschreibung des Alltags in den Fördergebieten die negativen Konsequenzen der Erdölausbeutung für die lokale Bevölkerung. Watts zeigt wie Erdöl den Staat, die Wirtschaft, die Politik und die Gesellschaft Nigerias durchtränkt. Auf diese Weise wird das aus der extrem ungleichen Verteilung der Vor- und Nachteile der Erdölförderung hervorgehende Konfliktpotenzial ersichtlich. Dieses wird von Watts zum Abschluss seines Beitrags am Beispiel der gewaltsamen Konflikte im Nigerdelta sowie ihrer prekären Einhegung analysiert und führt den Autor zu einer pessimistischen Einschätzung der entwicklungspolitischen Zukunftsszenarien Nigerias.

Ebenfalls mit Blick auf das subsaharische Afrika untersucht *Nina Ulbrich* als nächstes die wachsende Bedeutung Chinas für die internationale Rohstoffpolitik. In ihrem Beitrag hinterfragt sie verbreitete Stereotype des chinesischen Engagements im Rohstoffsektor Afrikas und zeichnet detailliert nach, wie China über die geschickte Ausnutzung von Nischen sowie der Verknüpfung von Rohstoff- mit ambitionierten Infrastrukturprojekten wie der maritimen Seidenstraße seinen Einfluss in der Region vergrößert. Danach illustriert Ulbrich ihre Befunde am Fallbeispiel der wachsenden chinesischen Präsenz im ghanaischen Bergbausektor und zeigt auf der Basis originärer empirischer Daten, wie sich China über die Nutzung von Nischenstrategien zu einem zentralen Akteur im Goldbergbau Ghanas etabliert hat und welche Konfliktkonstellationen damit auf lokaler Ebene einhergehen.

Aus einer anderen Perspektive analysiert der folgende Beitrag von *Bettina Engels* die vielfältigen Konfliktkonstellationen im stark expandierenden Bergbausektor Subsahara-Afrikas. Engels präsentiert eine auf den Akteurskonstellationen basierende Typologie von Bergbaukonflikten und expliziert diese anschließend am empirischen Fallbeispiel des Goldberg-

baus in Burkina Faso. Mittels ihrer Fallstudie verdeutlicht die Autorin, wie die von ihr entwickelte Konflikttypologie die zentralen Charakteristika der enormen Vielfältigkeit und Heterogenität der Konfliktkonstellationen einer systematischen Beschreibung und Analyse zugänglich macht. Ihre empirischen Ergebnisse aus dem subsaharischen Afrika können so auch für die Analyse von Bergbaukonflikten in anderen Regionen instruktiv sein.

Die Vielschichtigkeit und Heterogenität von Bergbaukonflikten steht auch im Zentrum des anschließenden Beitrags von *Stefan Peters*. Er analysiert die Konflikte um ein Projekt zur Eisenerzförderung im strukturschwachen Landesinneren Uruguays. Auf der Basis selbst generierter Feldforschungsdaten argumentiert Peters, dass sich in Bergbaukonflikten eine Vielzahl von Motivationslagen verschränken und das Schema einer Auseinandersetzung zwischen einem von Umweltbedenken motivierten lokalen David und einem Goliath aus transnationalem Konzern und der nationalen Regierung nur einen Teil der Konfliktszenarien abbildet. Am Beispiel einer detaillierten Fallstudie arbeitet er heraus, wie eine Reihe weiterer Aspekte wie die Hoffnung auf Arbeit und soziale Aufwärtsmobilität oder das Interesse am Statuserhalt der lokalen Mittel- und Oberschicht die Konfliktodynamiken beeinflussen.

Im nächsten Beitrag setzt sich *Oliver Pye* mit der stark expandierenden Palmölproduktion in Südostasien auseinander und zeigt, wie die Förderung von »Biokraftstoffen« durch die Europäische Union mit massiven Veränderungen der Landnutzung, starken Umweltbelastungen sowie schlechten Arbeitsbedingungen auf den Palmölplantagen im Globalen Süden verbunden ist. Der Autor arbeitet heraus, dass die Hoffnungen auf nachhaltiges Palmöl durch Zertifizierung ins Leere laufen, die durch die Expansion der Palmölproduktion erzielten Entwicklungsfortschritte durch repressive Arbeitsbedingungen und Niedriglöhne erkaufte werden und von der Expansion der Plantagen vor allem die Palmölindustrie profitiert. Abschließend diskutiert Pye mögliche Alternativen und plädiert für die Verknüpfung der ökologischen mit der sozialen Frage als Bedingung der Möglichkeit einer Transformation im Palmölsektor.

Anschließend eröffnen *Kristina Dietz* und *Carla Noever Castelos* den *zweiten Abschnitt* des Bandes zu umweltpolitischen Innovationen und Alternativen mit einer kritischen Diskussion des Konzepts der »grünen Ökonomie«. Dieses aktuelle Lieblingskind der internationalen Umweltpolitik zielt – wieder einmal – auf die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Die Autorinnen zeigen sich skeptisch gegenüber dem Versprechen Umwelt-

probleme über technische Innovationen und Effizienzsteigerungen zu lösen und verorten das zentrale Problem in einer Konzeptionierung von Natur und Gesellschaft als voneinander getrennte Sphären. Dem stellen sie eine dialektische Sicht entgegen, mit der sie den Wachstumszwang des Kapitalismus als zentrales Hindernis für eine sozialökologische Wende benennen. Am empirischen Beispiel der brasilianischen Energie- und Klimapolitik führen Dietz und Noever Castelos abschließend ihr Argument aus und verdeutlichen dabei die Widersprüche internationaler umweltpolitischer Strategien.

Die folgenden Artikel widmen sich Vorschlägen, die sich explizit als Alternativen zu Wachstum und Entwicklung verstehen. *David Cortez* untersucht zunächst das indigene Konzept des »guten Lebens« (*buen vivir* bzw. *sumak kawsay*) und dessen politische Implementierung durch die ecuadorianische Regierung. Er konstatiert, dass das regierungsoffizielle »gute Leben« seines kritischen Impetus entkleidet und zunehmend in Einklang mit westlichen Entwicklungsvorstellungen gebracht wurde. Insbesondere wird die Natur nicht mehr als Rechtssubjekt, sondern als zu schützendes Objekt konzipiert. In der politischen Praxis hat diese Banalisierung des Konzepts zur Konsequenz, dass die im Namen des *buen vivir* durchgeführten staatlichen Projekte das neo-extraktivistische Entwicklungsmodell und damit auch die Ausbeutung der Natur fortsetzen oder sogar vertiefen und eine Vielzahl sozialökologischer Konflikte hervorrufen.

Anschließend beschäftigen sich *Federico Demaria*, *François Schneider*, *Filka Sekulova* und *Joan Martínez-Alier* mit der *degrowth*-Bewegung und somit mit einem Ansatz, der in den letzten Jahren von einer Vielzahl von sozialen Bewegungen, Aktivisten und Intellektuellen vornehmlich aus dem Globalen Norden aufgenommen, weiterentwickelt und verbreitet wurde. Die Autoren unterscheiden zwischen sechs verschiedenen Quellen von *degrowth*, sprechen dabei der Dimension der Gerechtigkeit besondere Bedeutung zu und argumentieren, dass die *degrowth*-Bewegung an der produktiven Kombination dieser unterschiedlichen Anknüpfungspunkte arbeiten und reduktionistischen Verständnissen von *degrowth* entgegentreten müsse. Die Autoren wenden sich jedoch gleichzeitig gegen eine starre Definition von *degrowth*. Sie plädieren vielmehr dafür, *degrowth* als Plattform für ein Netzwerk von Netzwerken alternativer Politiken mit dem Ziel eines radikalen Bruchs mit dem Wachstumsimperativ zu etablieren.

Zum Abschluss des Bandes unternimmt *Hans-Jürgen Burchardt* den Versuch, über eine neue Definition von Wohlstand und Entwicklung das

Wachstumsdogma aufzubrechen und ihm eine lebensweltliche Alternative entgegenzusetzen. Hierfür führt er den »Index des guten Lebens« des ecuadorianischen Sozialwissenschaftlers René Ramírez in die deutschsprachige Debatte ein, unterzieht ihn einer kritischen Diskussion und stellt insbesondere den Faktor der verfügbaren Zeit in den Fokus seiner Überlegungen. Mittels verschiedener Beispiele veranschaulicht Burchardt, wie modifizierte Indikatoren die gesellschaftlichen Maßstäbe für ein »gutes Leben« grundlegend verändern können, wenn etwa der Manager mit hohem Einkommen, aber immer gestresst und mit wenig Zeit, als gesellschaftliches Leitbild in Frage gestellt wird. Zum Abschluss des Beitrags plädiert Burchardt dafür, es nicht bei akademischen Gedankenexperimenten zu belassen, sondern die Zeit zu politisieren, sie zum Beispiel als Forderung für Arbeitszeitverkürzung in die politische Debatte einzubringen und so Wohlstand nicht mehr als Wachstum zu verklären.

Die versammelten Beiträge schlagen somit einen Bogen von der Analyse aktueller ressourcenbasierter Entwicklungsmodelle zu der Diskussion von gesellschafts- und entwicklungspolitischen Alternativen jenseits der Fokussierung auf Wachstum und expansiven Ressourcenverbrauch. Die Artikel befassen sich dabei aus unterschiedlichen Perspektiven und auf der Basis umfangreicher Feldforschungen mit dem Thema »Umwelt und Entwicklung«. Trotz ihrer Verschiedenheit haben sie mehrere Gemeinsamkeiten: Sie unterstreichen *erstens*, dass umweltpolitische Herausforderungen, sozialökologische Konflikte und die Entscheidung für bzw. gegen bestimmte Entwicklungsmodelle Auswirkungen haben, die nicht an den nationalstaatlichen Grenzen Halt machen, sondern sich insbesondere über die »global division of nature« (Coronil 1997: 27) prägend auf die Nord-Süd-Beziehungen auswirken. *Zweitens* stellen die Beiträge jeweils heraus, dass die Fortführung aktueller ressourcenintensiver Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle keine zukunftsfähigen Perspektiven bietet. Diese führen nicht nur direkt in den ökologischen Kollaps, sondern können zudem auf Grund ihrer wirtschaftlichen und sozialen Krisenanfälligkeit und der Vielzahl von heftigen sozialökologischen Konflikten um die Rohstoffausbeutung mittel- und langfristig keine überzeugenden Entwicklungsmodelle anbieten. Folglich liefern die versammelten Beiträge *drittens* jeweils Argumente für die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Neuorientierung des Verhältnisses von Umwelt und Entwicklung und unterbreiten dafür teilweise bereits konkrete Vorschläge.

Die Erfahrungen rohstoffbasierter Entwicklungsmodelle der vergangenen Jahre haben deutlich vor Augen geführt, dass die soziale Frage nicht auf Kosten der Ökologie gelöst werden kann. Diese Einsicht sollte jedoch nicht in den Fehler münden, nun die ökologische Frage auf Kosten der Gerechtigkeit zu lösen. Die Anerkennung von traditionellen und häufig indigenen Lebensweisen in Einklang mit der Natur entbindet nicht von der Notwendigkeit der Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums und der Verbesserung der Lebensbedingungen sowie der Ausweitung der Konsummöglichkeiten der sozial benachteiligten Bevölkerung. Nur wer die soziale und die ökologische Frage zusammendenkt, wird Antworten auf die zentralen Fragen dieses Jahrhunderts finden.

Literatur

- Acosta, Alberto (2015), *Buen Vivir – vom Recht auf ein gutes Leben*, München.
- (2013), Die ecuadorianische Yasuní-ITT-Initiative: Perspektiven und Blockaden für eine Politik jenseits des Neo-Extraktivismus, in: Burchardt, Hans-Jürgen/Dietz, Kristina/Öhlschläger, Rainer (Hg.), *Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert: Impulse und Analysen aus Lateinamerika*, Baden-Baden, S. 109–120.
- AfDB et al. (2013), *African Economic Outlook 2013. Structural Transformation and Natural Resources*, 24.10.16, <http://www.undp.org/content/dam/rba/docs/Reports/African%20Economic%20Outlook%202013%20En.pdf>.
- Altwater, Elmar (2011), Mit Green New Deal aus dem Wachstumsdilemma?, in: *Widerspruch*, Nr. 60, S. 119–132.
- Anthias, Penelope (2016), Indigenous People and the New Extraction: From Territorial Rights to Hydrocarbon Citizenship in the Bolivian Chaco, in: *Latin American Perspectives*, Online First, 26.10.16, <http://lap.sagepub.com/content/early/2016/11/08/0094582X16678804.full>
- Auty, Richard M. (1993), *Sustaining Development in Mineral Economies: The Resource Curse Thesis*, London.
- Baez, Jonathan (2015), *¿Para quién el Estado? Estudio de la concentración en compras públicas*, Quito.
- Baeza, Brígida/Chanampa, Magalí (2016), La naturalización de las problemáticas medioambientales en torno a la explotación petrolera en Comodoro Rivadavia, in: *Revista Identidades*, Dossier 3, Jg. 6, S. 7–31.
- Barbier, Edward B. (2011), *Scarcity and Frontiers: How Economies have Developed through Natural Resource Exploitation*, Cambridge.
- Bárcena, Alicia/Prado, Antonio (2016), *El imperativo de la igualdad: por un desarrollo sostenible en América Latina y el Caribe*, Buenos Aires.